

A 2 TOP 7.2 Mentale Gesundheit junger Menschen in den Fokus rücken!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: Konferenzteil

Antragstext

1 **Antragsteller:**

- 2 • Landesjugendring Rheinland-Pfalz e. V.

3 **Adressat*innen:**

- 4 • Landesregierung
5 • Landespolitik

6 **Position**

7 Einsamkeit, Leistungsdruck, Armut, fehlende Unterstützung sowie Aufwachsen in
8 Krisen, wie z. B. Kriege, Klimaschäden und Zukunftsängste – all das sind
9 Faktoren, die die psychische Gesundheit junger Menschen aktiv gefährden. Dem
10 gegenüber steht eine unzureichende Versorgung mit Hilfsangeboten – insbesondere
11 in Rheinland-Pfalz. Der Kindergesundheitsbericht 2025 der Stiftung
12 Kindergesundheit warnt vor immer weiter steigenden psychischen Belastungen und
13 zeigt auf, dass die Versorgungslage an Kinder- und Jugendpsychotherapeut*innen
14 in Rheinland-Pfalz besonders prekär ist.¹ Rheinland-Pfalz belegt bundesweit den
15 letzten Platz!

16
17 Vor diesem Hintergrund erscheint die aktuelle Entwicklung der Absenkung von
18 Honoraren für Psychotherapeut*innen problematisch. Bereits die Ausbildung ist
19 mit erheblichen finanziellen Belastungen verbunden. Zudem ist der Erwerb eines
20 Kassensitzes mit hohen strukturellen und finanziellen Hürden verbunden, ebenso
21 wie dessen langfristige Aufrechterhaltung.
22 Eine Reduzierung der Vergütung birgt das Risiko, die wirtschaftliche
23 Tragfähigkeit bestehender Praxen weiter zu beeinträchtigen. Es besteht die
24 Gefahr, dass sich die Versorgungssituation weiter verschlechtert, da bestehende
25 Kapazitäten nicht gehalten werden können.
26
27

28

29 Es braucht dringend nachhaltige Verbesserungen in den Hilfsangeboten für junge
Menschen!

30 Daher fordern wir:

- 31 • Eine flächendeckende Versorgung durch Kinder- und
32 Jugendpsychotherapeut*innen, insbesondere auch im ländlichen Raum, ergänzt
33 durch entsprechende Angebote der psychosozialen Versorgung.

- 34 • Einen Ausbau digitaler Hilfsangebote.

- 35 • Hilfsangebote, **die zeitnah und unabhängig von der finanziellen Situation**
36 in Anspruch genommen werden können.

- 37 • Präventionsangebote, die auf die Entwicklungsphasen der Kinder und
38 Jugendlichen abgestimmt sind (siehe Kindergesundheitsbericht 2025).

- 39 • Finanzielle Absicherung zur Sicherstellung von Hilfsangeboten, u. a. durch
40 auskömmliche Honorare für Therapeut*innen.

- 41 • Entstigmatisierung des Themas "Mentale Gesundheit" durch flächendeckende
42 Aufklärung.

- 43 • Das Mitdenken und Versorgen junger Menschen durch die Politik in allen
44 Bereichen, insbesondere wenn junge Menschen direkt betroffen sind.

Begründung

45 Begründung:

46

47 Kinder und Jugendliche sind heutzutage vielfältigen Stressoren ausgesetzt, die
48 Druck auf ihre mentale Gesundheit ausüben. Neben stetig steigendem
49 Leistungsdruck, den Bewertungen aus sozialen Medien, Nachrichten zu Konflikten
50 und Kriegen, Klimawandel, einem angespannten Arbeits- und Wohnungsmarkt,
51 aufsteigendem Rechtspopulismus und einer immer tiefergreifenden Spaltung der
52 Gesellschaft sind auch noch die Nachwirkungen der Corona-Pandemie spürbar. Noch
53 immer steht es um die psychische Gesundheit junger Menschen schlechter als vor
54 der Corona-Pandemie.² Junge Menschen haben einen großen Teil ihrer Kindheit und
55 Jugend in Isolation verbracht, von der sie sich teilweise bis heute noch nicht
56 erholen konnten. Das Wohlbefinden wird zwar nicht mehr direkt durch die Corona-
57 Pandemie beeinträchtigt, aber an ihre Stelle treten diverse Ängste, ausgelöst
58 durch Kriege und die Klimakrise.²

59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95

In Rheinland-Pfalz ist die psychische Versorgungslage bundesweit besonders schlecht für junge Menschen. Der Kindergesundheitsbericht 2025 warnt vor kontinuierlich steigenden psychischen Belastungen und sieht bundesweit einen „erhebliche[n] Bedarf an Weiterentwicklung“. Fatal ist, dass Rheinland-Pfalz die niedrigste Dichte für Fachärzt*innen aufweist und hier damit die Lage besonders angespannt ist.¹ Insbesondere in ländlichen Gebieten fehlt es an zeitnah verfügbaren und örtlich erreichbaren Angeboten.

Dabei sind besonders die Kinder und Jugendlichen betroffen, die sozioökonomisch benachteiligt sind.² Auch Einsamkeit spielt in diesem Kontext eine große Rolle und betrifft vermehrt Kinder und Jugendliche mit Migrationsgeschichte, Behinderung, Armutsgefährdung oder nicht cis-geschlechtlicher heterosexueller Identität.³ Nicht zu vernachlässigen sind auch die psychischen Belastungen, denen Kinder- und Jugendliche mit eigener oder familiärer Fluchterfahrung ausgesetzt sind. Im Hinblick auf psychologische Hilfsangebote müssen diese Faktoren berücksichtigt werden, um sie zugänglich und wirksam ausgestalten zu können.

Es müssen Hürden abgebaut werden, um psychische Hilfsangebote niedrigschwellig in Anspruch nehmen zu können. Auch das Elternhaus und die Lebensumstände dürfen kein Hinderungsgrund für Kinder und Jugendliche sein, adäquate psychologische Hilfe zu bekommen. Das bedeutet, dass folgende Punkte umgesetzt werden müssen:

- Hilfsangebote müssen zeitnah in Anspruch genommen werden können, und es dürfen keine langen Wartezeiten entstehen. Hierfür müssen ausreichend Fachpersonal und vielfältige Angebote bereitstehen.
- Die Anzahl der Kassensitze für Psychotherapeut*innen (insbesondere im ländlichen Raum) muss ausgebaut werden, um Wartezeiten zu verringern und eine bedarfsgerechte Versorgung zu gewährleisten.
- Hilfsangebote müssen erreichbar sein. Dafür braucht es mehr Fachpersonal, vor allem im ländlichen Raum. Zudem muss der Anfahrtsweg gewährleistet werden (z. B. Kostenübernahme).
- Digitale Hilfsangebote müssen ergänzend ausgebaut werden.
- Es braucht Präventionsangebote, die auf die Entwicklungsphasen der Kinder und Jugendlichen abgestimmt sind (siehe Kindergesundheitsbericht 2025).
- Hilfsangebote dürfen für die Familien keine finanzielle Belastung sein.
- Über Hilfsangebote muss ausreichend informiert werden.

